

Zum Aufstand des akademischen Prekariats: Problemanalyse und Chancen bildungspolitischen Engagements

Von Evelyn Kauffenstein und Sabine Volk

Die Frage nach den Ursachen der Bildungsmisere in Deutschland und nach Lösungswegen aus dieser zutiefst beunruhigenden Lage ist eine grundlegend dichotome. Zum einen geht es darum, zu wissen, was in der Praxis in den Universitäten und den Lebenswelten der darin lehrenden, forschenden und lernenden Menschen schief läuft. Wie auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext spielen hier strukturelle Faktoren – im Kern die zunehmende Ökonomisierung und Kapitalisierung auf dem Rücken eines wachsenden (akademischen) Prekariats – die entscheidende Rolle: „Bildung als Selbstzweck wird als Auslaufmodell angesehen und arbeitsmarktpolitisch umgedeutet“ (Jann 2010). Positiv formuliert geht es um die Frage, wie Bildung aussehen soll und in welcher Form und Struktur wir sie institutionalisiert und praktiziert wissen wollen. Zum anderen müssen wir uns aber auch fragen, inwiefern der in unserer Gesellschaft vorherrschende Bildungsbegriff diese Misere mit verursacht hat. Welche normativen und ideellen Implikationen verbinden wir mit Bildung und, daran anknüpfend, was soll Hochschulbildung in unseren Augen eigentlich leisten? Im Idealfall sollte zunächst eine Verständigung über den Begriff selbst – im Sinne einer Diskussion über den Wert von Bildung – erfolgen, bevor entsprechende Strukturen entwickelt und umgesetzt werden können. Doch hat uns das Engagement im Rahmen unserer im Herbst 2009 gegründeten Lehrenden- und Lernendeninitiative "IntelligenzijaPotsdam" gezeigt, dass für einen ernsthaften öffentlichen Diskurs zunächst noch ein breiteres Problembewusstsein geschaffen werden muss.

1. Psychosoziale Faktoren

Es gibt verschiedene Ursachen, die eine dringend notwendige, radikale Kehrtwende in der Bildungspolitik und eine umfassenden Umgestaltung der Bildungseinrichtungen verhindern. Maßgeblich sind hierfür psychosoziale Faktoren ausschlaggebend: Trotz eklatanter Missstände, die weithin und für alle sichtbar sind, besteht die vorherrschende Reaktion der Menschen verschiedener universitärer Personalkategorien (wie Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Lehrbeauftragte und Privatdozent*innen) auf die vermeintlich unveränderbaren Strukturen vor allem in einem ebenso vermeintlich unpolitischen „Rückzug ins Private“. Konservatismus nennen wir das Prinzip, nach dem an Bestehendem festgehalten wird, wobei die Bewahrenden gleichzeitig maßgeblich Leidtragende sind. Dieses Prinzip wirkt sich in zwei verschiedene Richtungen lähmend aus: Zum einen handelt es sich um einen „bejahenden Konservatismus“, bei dem trotz der Wahrnehmung der Missstände systemerhaltende „Innovationen“ möglichst unkritisch glorifiziert und nach außen verstärkt präsentiert werden. Zum anderen haben wir es mit einem „resignativen Konservatismus“ zu tun, bei dem eine zum Teil äußerst stark ausgeprägte kritische Haltung auf als unüberwindbar wahrgenommene äußere Widerstände

trifft und in der Folge nicht in systemverändernde, sondern in vielmehr (selbst-) zerstörerische Handlungen überführt wird. Früher oder später münden beide Verhaltensmuster in Isolation und psychischer wie physischer Krankheit, da kaum kreativ-produktiv agiert, sondern nur noch reagiert werden kann, um „Schlimmeres“ abzuwenden und das eigene Überleben zu ermöglichen.

2. Präsidialer Feudalismus

Innerhalb der universitären Personalstruktur sollten die sich durch herausragende Fach- und Lehrkompetenz qualifizierenden Professor*innen größte Handlungs- und Entscheidungsbefugnis besitzen. Dem ist aber nicht so. Zum einen wissen wir spätestens seit Pierre Bourdieu, dass insbesondere sozioökonomische Herkunft, Beziehungen (soziales Kapital) und Habitus ausschlaggebend für einen erfolgreichen „Karriereweg“ zum/zur Universitätsprofessor*in sind, was wir für dringend veränderungsbedürftig erachten. Verschiedene Studien zeigen immer wieder, dass das Bildungssystem in Deutschland sozial sehr selektiv ist. Das gilt besonders für den Zugang zu den Hochschulen (Vgl. Bildungsbericht 2010, S. 119). Zum anderen haben Professor*innen, wenn sie dieses Karriereziel einmal erreicht haben, kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des universitären Systems. Denn „in diesem feudalistischen Modell liegt alle Macht in der Hand eines einzigen Akteurs, der über "strategische" Forschungsrichtungen, über Berufungslisten (selbst gegen das mehrheitliche Votum der Professoren), über aufzunehmende/ abzuschaffende Fächer und über Personalfragen von der Besoldung bis hin zur Ernennung von Dekanen entscheiden kann, wobei sich der korrektive Einfluss des Universitätsrates in Grenzen hält.“ (Scholz/Stein 2011) Demnach verfügen heute die Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Studierenden nur mehr über sehr geringe Handlungsspielräume und sehr geringe Chancen, die universitären Strukturen innerhalb des bestehenden Systems mitzugestalten. Die Entscheidungsbefugnis obliegt nahezu ausschließlich dem Präsidenten/der Präsidentin und dessen/ihren engsten Mitarbeiter*innen. Dieses Herrschaftsprinzip bezeichnen die Wirtschaftswissenschaftler Christian Scholz und Volker Stein als „präsidialen Feudalismus“.

3. Strukturell bedingter „Überlebenskampf“ als Nährboden für Ausbeutungsmechanismen

Durch diese strukturellen Bedingungen wird die Arbeit an der Universität für viele Mitarbeiter*innen aller benannten Personalkategorien und für viele Studierende zu einem täglichen „Überlebenskampf“. Vor allem die künstlich und absichtlich hergestellte Überlast durch Sachzwänge (insbesondere Verwaltungs- und Betreuungsaufgaben) – allen voran die „Schlacht um Drittmittel“ - hindern die eigentlichen Kompetenzträger*innen oftmals schon daran, ihre schwache Position innerhalb des Systems überhaupt wahrzunehmen – geschweige denn dagegen anzugehen. Verschärfend wirken sich hier die chronische Unterfinanzierung der Universitäten bei gleichzeitig unterschiedlicher Ausstattung und Auslastung durch Studierende in den verschiedenen Fachbereichen aus. Besonders kritisch sind die Zustände meist in den sogenannten „Massenstudiengängen“. Hier ist es für viele Professor*innen und Mitarbeiter*innen kaum noch möglich, sich regelmäßig um das Einwerben von Drittmitteln zu kümmern, wenn sie alleine schon den täglichen Verwaltungs- und Betreuungsverpflichtungen gewissenhaft nachkommen möchten. Zudem wirken sich die zunehmende Abhängigkeit von externen Finanzierungsmöglichkeiten und das gezielte und systematische Hofieren drittmittelstarker Wissenschaftler*innen von Seiten des Präsidiums

zerstörend auf das Solidaritätsgefühl zwischen den Professor*innen und allen anderen Mitarbeiter*innen der Universitäten aus. Im täglichen Überlebenskampf sind die in der universitären Struktur Höhergestellten meist darauf angewiesen, möglichst viele Verwaltungsaufgaben an ihre Mitarbeiter*innen sowie Privatdozent*innen und Lehrbeauftragte abzutreten, damit der Lehr- und Forschungsbetrieb auch nur annähernd aufrecht erhalten werden kann (vgl. Kreckel 2004). Hier nimmt der strukturell verursachte und von den „Hochschulmanager*innen“ kalkulierte und zum Teil sogar bewusst verstärkte Ausbeutungsmechanismus seinen Lauf: Für eine eklatant geringe Aufwandsentschädigung tragen immer mehr prekär Beschäftigte unter enorm hohem Zeit- und Leistungsdruck einen signifikanten Teil der Lehre – zum Teil sogar ohne jegliches politisches Mitspracherecht, ohne jegliche Sicherheiten eines ordentlichen Vertrages, dafür aber zwangsläufig mit schweren psychosozialen Folgen.

4. Begründung der IntelligenzijaPotsdam: Zum Aufstand des akademischen Prekariats

Unsere von Lehrbeauftragten begründete Initiative IntelligenzijaPotsdam weist seit gut zwei Jahren öffentlich darauf hin, dass die ohnehin fragwürdige „Exzellenz in der Lehre“ auf ausbeuterischen Verhältnissen in der Bezahlung von Lehrkräften basiert. Lehrbeauftragte sind gemeinsam mit den Privatdozent*innen auf der untersten „Stufe“ des akademischen Prekariats anzusiedeln. Gemeinsam ist diesen beiden Gruppen, dass sie beide für eklatant geringe (oder meist gar keine) Bezahlung den Lehrbetrieb aufrecht erhalten, ohne dabei Mitglieder der Universität sein zu dürfen – das heißt ohne jegliche Chance, ihre Interessen vertreten zu können. Das Bewusstsein einiger Lehrbeauftragter, in diesem zunehmend hermetischen und vor allem über persönliche Beziehungen funktionierenden System nichts mehr verlieren, aber auch nichts mehr gewinnen zu können, gab die Initialzündung zur Begründung des (hochschul-)politischen Engagements der IntelligenzijaPotsdam. Wobei sich gerade auch bei der Mehrheit der Lehrbeauftragten und Privatdozent*innen der Irrglaube zu halten scheint, dass Durch- und Stillhalten eines Tages doch noch belohnt würden. Aber die Entscheidung für eine wissenschaftliche Karriere an der Universität ist heutzutage eine Entscheidung für eine Arbeit in dauerhaft prekären Beschäftigungsverhältnissen. Unsichere Arbeitsverhältnisse sind auf allen Ebenen die Regel – nicht nur in Bezug auf den offiziell ausgeblendeten aber strukturell sehr realen Missbrauch des Lehrauftrags. Auch sogenannte Mitarbeiter*innenstellen sind in Anbetracht der Tatsache, dass über 90 Prozent der Verträge zeitlich befristet sind, faktisch prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die ständig vorherrschende Angst, keinen Anschlussvertrag zu bekommen und die unmittelbare Abhängigkeit von den Lehrstuhlinhaber*innen sowie die daran gekoppelte Überlastung durch Verwaltungs- und Betreuungsaufgaben macht vielen Angestellten im Mittelbau – wenn sie dafür überhaupt noch Kapazitäten übrig haben – lediglich ein geringfügiges Engagement innerhalb der Gewerkschaften möglich. Die gewerkschaftliche Arbeit konzentriert sich dann wiederum, strukturell bedingt, darauf, reaktiv auf die zunehmende Verschlechterung der Angestelltenverhältnisse im Mittelbau zu antworten und diese abzuwenden, was sich insgesamt mehr strukturerhaltend, denn strukturverändernd auswirkt. Die tagtägliche Ausbeutung der Lehrbeauftragten und Privatdozent*innen bleibt weitestgehend unbeachtet. Dabei ist hinlänglich bekannt, dass die gesetzlich definierte Funktion des Lehrauftrags nicht nur längst überholt ist, sondern systematisch dazu missbraucht wird, das Lehrangebot möglichst kostengünstig zu sichern. Dieser Ausbeutungsmechanismus funktioniert nahezu reibungslos, weil sich Nachwuchswissenschaftler*innen ohne Stelle durch die Übernahme eines Lehrauftrags die

Chance auf eine wissenschaftliche Karriere erhoffen. Hinsichtlich der Privatdozent*innen verhält es sich ähnlich: Sie werden dazu gezwungen, sich über kostenlose Lehre ihre Chance auf eine Professur zu erhalten.

5. Ein Ende der Ausbeutung: Was ist zu tun?

Die zentrale Forderung unserer Initiative lautet, dass jede Lehrtätigkeit an Universitäten und in allen weiteren Bildungseinrichtungen wertgeschätzt und adäquat entlohnt werden muss. Ein Streik aller prekär Beschäftigten ließe den Lehrbetrieb sämtlicher Universitäten sofort zusammenbrechen, was mit Sicherheit das effektivste Mittel wäre, um die hierfür dringend notwendige Kehrtwende in der Bildungspolitik und umfassende Veränderungen in den universitätsinternen Strukturen herbeizuführen. Das beschriebene Ursachengeflecht, in welchem psychosoziale und strukturelle Faktoren gleichsam ineinander verwoben und sich gegenseitig bedingend und verstärkend wirksam sind, verhindert allerdings aktuell eine Mobilisierung der Betroffenen. Dazu kommt, dass die Öffentlichkeit für die beschriebenen Missstände an den Universitäten noch viel zu wenig sensibilisiert ist. Deshalb konzentrieren wir uns mit unserem Engagement aktuell darauf, die entsprechenden Inhalte möglichst breit aufgestellt – in Kooperation mit studentischen (AStA, fzs) oder studentisch-gewerkschaftlichen (GEW-Studis) Organisationen – über Offene Briefe, Podiumsdiskussionen, etc. in die mediale und universitätsinterne Öffentlichkeit zu tragen und in regelmäßigen Abständen zusätzlich über die Neuen Medien (Facebook, E-Mail-Verteiler) präsent zu halten und zu aktualisieren. Zudem pflegen wir unsere persönlichen Kontakte zu engagierten Studierenden und Lehrenden aller Personalkategorien. Darüber hinaus kooperieren wir mit anderen hochschulpolitischen Initiativen, die zunehmend außerhalb der bereits etablierten Parteien und Organisationen entstehen. Denn es müssen sich zunächst Studierende und Lehrende aller Personalkategorien in den verschiedenen Fachbereichen, Instituten, Fakultäten und Universitäten solidarisieren, um sich anschließend gemeinsam effektiv für eine bessere Situation in Lehre und Studium einsetzen zu können. Schließlich muss ausreichend Druck auf die regierenden Politiker*innen in den einzelnen Bundesländern und die Verantwortlichen innerhalb der Hochschulen ausgeübt werden, damit endlich die nötigen gesetzlichen Weichen gestellt werden, um die adäquate Entlohnung und soziale Absicherung einer ausreichenden Anzahl von Lehrenden und Forschenden sicher zu stellen. Nach einer hochschulinternen Umverteilung der vorhandenen Mittel, welche die Diversität der Fachbereiche berücksichtigt und bei der sich die Gleichgewichtung von Forschung und Lehre auch monetär ausdrückt, müssen zudem vom Bund und den Ländern gemeinsam weitere Gelder zur Ausfinanzierung der Universitäten zur Verfügung gestellt und gezielt eingesetzt werden. Die daraus folgende Verbesserung der Arbeitsbedingungen an deutschen Universitäten käme nicht nur in erster Linie den zahlreichen Studierenden und vielen Lehrenden zugute, sondern der Gesellschaft insgesamt.

Literatur:

Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2010): Bildungsbericht 2010, nachzulesen unter: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf

Jann, Olaf (2010): Fatale Mobilmachung. Die neue Wissenspolitik und die Universitäten, nachzulesen unter: <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=4304> [18.10.2011], abgedruckt in Forschung und Lehre: April 2010.

Kreckel, Reinhard (2007): Die akademische Juniorposition zwischen Beharrung und Reformdruck: Deutschland im Strukturvergleich mit Frankreich, Großbritannien und USA sowie Schweiz und Österreich. Vortrag im Wissenschaftlichen Beirat für den Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN), Berlin, 20.4.2007, nachzulesen unter: <http://www.soziologie.uni-halle.de/kreckel/docs/kre-junpos-g.pdf> [19.10.2011]

Scholz, Christian/Stein, Volker (2011): Überlebenskritische Fragen zur Struktur von Universitäten, nachzulesen unter: http://www.academics.de/wissenschaft/ueberlebenskritische_fragen_zur_struktur_von_universitaeten_43766.html [17.10.2011] Abgedruckt in Forschung und Lehre: Januar 2011. Eine Langfassung unter dem Titel "Bilder von Universitäten - Ein transaktionsanalytisch-agenturtheoretischer Ansatz" ist erschienen in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 62 (2/2010), 129-149.